



Foto: Universität Tübingen

## Studieren geht über Kassieren

(js). Zu Beginn des Jahres kippte das Bundesverwaltungsgericht das Verbot von Studiengebühren. Sind die Aussichten für angehende Akademiker in Zukunft also schlechter oder ist die Entscheidung doch eine Investition in die Studienqualität?

„Uns in NRW betrifft es momentan ja nicht. Aber prinzipiell finde ich Studiengebühren in Ordnung, wenn sie tatsächlich den Hochschulen zugutekommen und nicht in der Staatskasse versickern“, so Aline Deubel, Bachelor-Studentin an der Universität Siegen. Andererseits würden für sie zusätzliche Studiengebühren in Höhe von möglicherweise 500 Euro pro Semester, wie sie gegenwärtig diskutiert werden, bedeuten, noch mehr nebenbei arbeiten zu müssen, worunter ihr Studium leiden würde. Astrid Wagner, Psychologie-Studentin aus Frankfurt/Main, findet Studiengebühren hingegen „nicht so toll“. Aber sie will erstmal die weitere Entwicklung abwarten, denn in Hessen stößt die Einführung von Studiengebühren gegenwärtig noch auf verfassungsrechtliche Probleme. Gleichwohl sehen Studenten wie Astrid Wagner die Diskussion um Studiengebühren eher pragmatisch: „Bis da endgültig was beschlossen wird, bin ich hoffentlich schon fertig mit meinem Studium.“

### Unbeschwerte Studienzeiten sind passé

Doch in Deutschland werden die Studiengebühren zweifellos kommen. Noch im Jahr 2000 verständigten sich die Kultusminister der Länder einstimmig darauf, dass ein Erststudium gebührenfrei sein soll, und 2002 gab es gar eine Mehrheit im Deutschen Bundestag für eine gesetzliche Regelung der Studiengebührenfreiheit. Umso härter war der Schlag für Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn

(SPD), als die Richter des Karlsruher Bundesverfassungsgerichts im Januar 2005 das Verbot für Studiengebühren aufhoben.

Das Studium zum Nulltarif wird damit bald überall der Vergangenheit angehören. Die Zeiten, in denen nur Privathochschüler und Bummelstudenten zur Kasse gebeten wurden, wären dann vorbei. Damit bleiben die Jahre des kostenfreien Studiums in der langen Geschichte der akademischen Bildung in Deutschland nur ein kurzes Intermezzo. Noch bis Ende der 1960er-Jahre waren Studienbeiträge üblich. Nun ist erneut der Weg frei für eine „Campus-Maut“ und möglicherweise bietet sich mit dem Bezahlstudium ein Ausweg aus der Hochschulmisere: Deutsche Universitäten stehen im internationalen Vergleich immer mehr für mittelmäßige Forschung, unzufriedene Studenten, überlastete Professoren und immer weniger Geld. Gleichzeitig braucht das Land qualifizierte Akademiker künftig mehr denn je.

### Investition in die Zukunft

Um Deutschland als Wissenschaftsstandort voranzubringen, müssten sowohl der Pakt für Forschung und Innovation als auch das Exzellenzprogramm dringend umgesetzt werden. Bei allem Streit in der Bildungspolitik besteht auch ein weitgehender Konsens darüber, dass Deutschland mehr Finanzmittel für Hochschulen braucht – ebenso wie

mehr qualifizierte Wissenschaftler und eine höhere Ausschöpfung des Bildungspotentials (d. h. mehr Studierende aus weniger begünstigten Schichten und einen höheren Frauenanteil). Gleichzeitig sind kürzere und effektivere Studienzeiten und höhere Erfolgsquoten bei den Absolventen anzupeilen sowie eine bessere wissenschaftliche Betreuung und Ausstattung unumgänglich.

Studiengebühren könnten zusätzliche Gelder in die Kassen bringen, um diese Ziele durchzusetzen. Gleichzeitig dient ein Bezahlstudium auch als psychologische Motivation: Wer zahlt, verdröckelt sein Studium nicht. Doch es steht zu befürchten, dass künftige Studiengebühren nicht ausschließlich den Hochschulen zufließen. Auch der allgemeine Haushalt müsse etwas abbekommen, fordert etwa Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD). „Universitäten sind ohnehin landesfinanziert“, begründet er sein Begehren.

### Das Risiko liegt beim Einzelnen

Doch mit der Einführung einer „Campus-Maut“ ändert sich auch das Wesen des Hochschulstudiums von einem „gemeinnützigem Kollektivgut hin zu einem privaten und damit marktfähigen Gut mit ökonomischem Gehalt“, so der ehemalige Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerium Wolfgang Lieb. Eine wissenschaftliche Ausbildung wird so zur privaten Investition ins eigene „Humankapital“ mit einer privaten Bildungsrendite. Das Risiko der Bildungsinvestition wird somit auf den Einzelnen abgeschoben. Damit wird es aber gerade Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln schwerer gemacht, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Studiengebühren dürften deshalb kaum zu einem effektiverem Studium führen, sondern zwingen immer mehr Studenten zu noch mehr Erwerbstätigkeit und verlängern dadurch die Studienzeit möglicherweise sogar.

### Studiendarlehen und Bildungsfonds

Die Finanzierung des Lebensunterhalts während eines Studiums soll in Deutschland durch die Eltern oder das BAföG erfolgen. Die Realität sieht allerdings anders aus – die Mehrheit der Studenten jobbt nebenbei. Seit die Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern wahrscheinlicher geworden ist, werden verschiedene Modelle zur Studienfinanzierung vorgestellt. Die Bankengruppe der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beispielsweise arbeitet zurzeit an der Einführung eines flächendeckenden Studienkreditangebots und will es möglicherweise schon zum Wintersemester 2005/06 auf den Markt bringen. Wirklich sicher ist das aber noch nicht. Es hängt von Bund und Ländern ab, ob und wie sehr sie sich in die Finanzierung einklinken. Das KfW-Fördermodell würde, so die jetzigen Pläne, jedem Berechtigten ein Darlehen von bis zu 650 Euro monatlich gewähren. Die Rückzahlung soll individuell ausgehandelt werden. Allerdings rechnen die Banken auch mit immensen Verlusten: Die Kreditausfallwahrscheinlichkeit wird momentan auf knapp 13% beziffert – eine erkleckliche Summe.

Unklar ist ferner, wer gleichsam als Inkasso-Unternehmen fungiert und das Geld wieder eintreibt. Das Studienbeitragsmodell des Gütersloher Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) schlägt deshalb vor, dass Hochschulen aus dem Gebührenaufkommen eine Rücklage für die Ausfallsicherung bilden sollen. Durch solche Mechanismen kämen, so CHE-Leiter Prof. Dr. Detlef Müller-Böling, auch günstigere Kreditkonditionen zustande.

Von „Bildungsfonds“ wird gesprochen, wenn die Finanzierung des Ausfallrisikos von Geldgebern über einen Fond getragen wird. Ein Anbieter ist schon länger mit solchen Fonds auf dem Markt: CareerConcept. Genauer gesagt



## Hintergrund

### Studiengebühren im internationalen Vergleich

#### Frankreich

Studiengebühren haben in Frankreich eine lange Tradition. Pro Studienjahr wird an staatlichen Universitäten eine Verwaltungsgebühr erhoben. Für den ersten Studienabschluss – in der Regel nach zwei bis drei Jahren – müssen derzeit 150 Euro jährlich bezahlt werden. Weiterführende Abschlüsse wie Master oder Diplom kosten 190 Euro, ein Ingenieurs-Diplom schlägt mit 450 Euro zu Buche. Private Hochschulen, die bessere Berufschancen versprechen, sind wesentlich teurer.

#### Großbritannien

1998 wurden für den ersten Studienabschnitt Gebühren in Höhe von gegenwärtig 1650 Euro pro Jahr eingeführt. Diese dürfen die Universitäten ab September 2006 auf 4300 Euro erhöhen. Allerdings müssen die Gebühren dann, anders als bisher, erst nach dem Studium entrichtet werden. Hilfe zum Lebensunterhalt gibt es in Großbritannien seit 1999 nur noch als Darlehen. Die neue Regelung wird zunächst nur in England angewandt. Allerdings fürchten andere Regionen des Vereinigten Königreichs schon jetzt die Auswirkungen: Beispielsweise machen sich die Bildungspolitiker in Wales Gedanken darüber, wie sie mit der Welle von Studenten, die von 2006 an vor den Gebühren flüchten, umgehen sollen.

#### Spanien

Die Gebührenhöhe wird von den einzelnen Hochschulen bestimmt und variiert je nach Studiengang, da die Regierung lediglich eine Ober- und Untergrenze festlegt. Die Spanne reicht von 378 Euro für ein Jahr Kunststudium auf den Kanarischen Inseln bis zu 800 Euro für Medizin in Madrid. Das Studium an einer der privaten Hochschulen in Spanien ist richtig teuer: bis zu 6000 Euro werden für ein Jahr fällig.

#### Italien

Alle Universitäten erheben Studiengebühren, die je nach Fakultät variieren und nach sozialen Kriterien gestaffelt sind. An der Universität in Rom zahlen Studenten aus einkommensschwachen Familien 430 Euro im Jahr. Studenten aus Familien mit Spitzeeinkommen werden mit rund 1300 Euro zur Kasse gebeten.

#### Niederlande

Das Undergraduate-Studium in den Niederlanden kostet derzeit rund 1450 Euro im Jahr, ein Master-Jahr 1600 Euro. Allerdings erhalten alle Studierenden eine vom Einkommen der Eltern unabhängige Unterstützung, die für im Elternhaus lebende Studenten bei 76 Euro monatlich, für alle anderen bei 233 Euro pro Monat liegt. Allen Studierenden bietet der Staat außerdem ein Darlehen von bis zu 260 Euro an.

#### Schweden

In Schweden hat jeder Hochschüler Anspruch auf ein elternunabhängiges Grundeinkommen, das derzeit bei 275 Euro pro Monat liegt. Hinzukommt ein Darlehen in Höhe von rund 500 Euro pro Monat. Die Förderung wird über maximal 240 Wochen ausbezahlt. Generell ist das Studium in den skandinavischen Ländern fast kostenlos. Meist müssen Studierende nur bei der Einschreibung einen kleinen Beitrag für das Studentenwerk zahlen. Die skandinavischen Länder wollen damit den Zugang zur Bildung für alle Schichten erleichtern.

#### USA

Mit Studiengebühren zwischen 3900 bis 23 000 Euro pro Jahr liegen die US-Universitäten weltweit an der Spitze. Allerdings gibt es eine Vielzahl von Stipendien. Im Studienjahr 1999/2000 erhielten über die Hälfte der damals 16,5 Millionen Undergraduate-Studenten im Schnitt 6206 Dollar. Nicht rückzahlungspflichtige Zuschüsse machten dabei den größten Anteil aus.



Foto: MEV



kümmert sich CareerConcept hauptsächlich um die Verwaltung der Fonds sowie die Betreuung der Studierenden. Geldgeber und Halter der Fonds sind Dritte. Nach einer gewissen Zeit könnte sich das Ganze – so das Geschäftsmodell – von selbst tragen, da Rückzahlungen eingehen. Funktionieren kann dies allerdings nur, wenn es nicht zu viele Ausfälle – etwa durch Studienabbrecher – gibt.

### Studium als Schuldenfalle?

Nach wie vor gilt der solidarische Ansatz des BAföGs als wichtigstes Instrument für mehr Chancengleichheit im deutschen Hochschulwesen. BAföG-Befürworter plädieren deshalb für dessen massiven Ausbau – in Ergänzung zu einem Kreditsystem mit nachlaufender Finanzierung oder Stipendien. Andernfalls befürchtet das Deutsche Studentenwerk ein „Mittelstandsloch“ in der deutschen Studentenschaft. Gigantische Darlehensschulden für Studierende sind freilich nicht zu erwarten. Die KfW hat errechnet, dass der individuelle „Schuldenberg“ bei einem monatlichen Darlehen von 650 Euro nach acht Semestern Studium 31 200 Euro beträgt und mit monatlichen Zahlungen von 184 Euro über 25 Jahre zu tilgen sei. Darlehen sind aber nur ein Zusatzangebot zum BAföG; es steht jedem Studierenden frei, dieses Angebot zu nutzen oder nicht, denn über eine Abschaffung des BAföG wird momentan nicht diskutiert.

### Auslandsstudium kein Ausweg

Die Möglichkeiten, ins benachbarte, deutschsprachige Ausland zu wechseln, um dort ein Studium zu absolvieren, sind angesichts der dortigen Studiengebühren wenig verlockend. In der Schweiz gibt es seit Jahrzehnten Gebühren. Je nach Kanton und Hochschultyp variieren sie zwischen 260 und 700 Euro; über eine deutliche Erhöhung wird gerade diskutiert. Auch in Österreich wird seit dem Wintersemester 2001 ein Studienbeitrag von 363 Euro pro Semester erhoben. Die Zahl der Studienanfänger ging zwar mit Einführung der Gebühr deutlich zurück, erholte sich aber mittlerweile wieder. Nach vier Jahren zeigt sich, dass die soziale Lage der Studenten weniger prekär ist, als vielerorts befürchtet worden war. Die Universitäten haben aber von den Gebühren nicht profitiert, da deren Budgets genau um die Studienbeiträge gekürzt wurden. Auch im übrigen europäischen Ausland werden zum Teil drastische Studiengebühren erhoben (siehe Kasten auf Seite 15). Deutschland ist also lediglich auf dem Weg, sich seinen Nachbarn anzupassen. «

### Fazit

So nötig eine Hochschulreform und eine Verbesserung der Finanzsituation der Universitäten ist, bedeutet die Einführung von Studiengebühren doch auch, dass der Generationenvertrag an einer weiteren Stelle aufgekündigt würde. Der „return of investment“ aus einer Hochschulbildung wird zukünftig eher unsicherer – vor allem für jene, für die sich vor Beginn eines Studiums eine Risikoabwägung stellt, weil sie sich mit einer „Hypothek“ belasten müssen, und die sich deswegen eher gegen eine Hochschulausbildung entscheiden.

### Ansprechpartner



**Prof. Dr. Frank Ziegele**

Centrum für Hochschulentwicklung

Verler Straße 6 | 33332 Gütersloh

Telefon: 0 52 41-97 61-24 | Fax: 0 52 41-97 61-40

frank.ziegele@che.de

www.che.de